

Auch ohne Schule kanns was werden

Den Nachwuchs zu Hause zu erziehen, ist möglich – je nachdem, wo man wohnt



Unterricht daheim. Homeschooling ist in der Schweiz relativ selten und wird je nach Kanton gar nicht toleriert. Foto Keystone

Von Markus Wüest

Basel. Eine Kleinbasler Familie liegt im Clinch mit den Schulbehörden. Die Eltern wollen ihre drei Kinder daheim erziehen und nicht in die öffentliche Schule schicken. Im Moment kämpfen sie dafür, den seit der Einschulung der elfjährigen Tochter stattfindenden Heimunterricht weiterführen zu dürfen. Der Kanton Basel-Stadt beharrt darauf, dass Heimunterricht nur in Ausnahmefällen toleriert werde, und hält an seiner restriktiven Praxis fest. Obwohl das Schulgesetz von 1929 – alter, aber immer noch geltender Buchstabe – eigentlich einen viel liberaleren Umgang mit dem Thema möglich machen würde.

Homeschooling heisst der gängige Fachausdruck für die Schule zu Hause. In der Schweiz geht man aktuell von rund 350 Kindern aus, die nicht vom Lehrer oder der Lehrerin im Klassenzimmer unterrichtet werden, sondern von den Eltern daheim.

Zwischen liberal und restriktiv

Dass die Schweiz in manchen Dingen wegen ihrer föderalistischen Grundstruktur einen sehr unterschiedlichen Umgang mit teils wichtigen, teils unwichtigeren Regeln der Gesellschaft pflegt, ist nicht neu. Ausgerechnet bei der wegweisenden Frage, wie der Nachwuchs seine Bildung erhalten soll, tut sich aber ein riesiger Graben auf. Er verläuft im Wesentlichen entlang der Sprachgrenze – mit irritierenden Ausnahmen. In den Kantonen der Westschweiz, im Aargau und in Appenzell Ausserrhoden gilt eine liberale Praxis. Homeschooling ist ohne Lehrerpapier möglich. Gänzlich anders sehen das die Kantone Tessin, Uri, Nidwalden, Obwalden und Thurgau. Grundsätzlich ist dort Homeschooling nicht erlaubt.

In den anderen Kantonen gibt es Mittelwege, so wie für Basel-Stadt bereits

erwähnt. Etwas vereinfacht zusammengefasst: Homeschooling ist hier möglich, aber die Eltern oder Betreuungspersonen, die den Unterricht zu Hause übernehmen, müssen mindestens ein Lehrerpapier haben, in Appenzell Innerrhoden, Glarus, Graubünden, Luzern, St. Gallen, Schwyz und Solothurn wird gar das entsprechende Stufenpatent vorausgesetzt.

Wegweisende Masterarbeit

Dieser Überblick über die geltende Praxis – und nicht bloss über die kantonalen Schulgesetze – ist Stefan Schönenberger zu verdanken, der in seiner Masterarbeit an der Pädagogischen Hochschule Luzern vom April 2010 viel Material zusammengetragen hat. «Homeschooling auf dem Prüfstand» ist die erste umfassende wissenschaftliche Arbeit zum Thema in der Schweiz. Sie steigt mit der Geschichte von Homeschooling ein und mündet in einen Überblick über den aktuellen Forschungsstand.

Homeschooling gibt es in verwandten Formen schon mehrere Hundert Jahre. Wolfgang Amadeus Mozart zum Beispiel war nie in der Schule. Abraham Lincoln desgleichen. In diese Reihe gehört auch Jeremias Gotthelf. Der Pfarrerssohn Albert Bitzius – Gotthelf war sein Pseudonym – ist insofern typisch, als gerade in den reformierten Pfarrhäusern die Kinder oft von den Eltern selber erzogen wurden.

Das moderne Homeschooling geht auf die 70er-Jahre des 20. Jahrhunderts zurück, als in den USA verschiedene Faktoren Eltern dazu brachten, sich lieber selber um die Bildung des Nachwuchses zu kümmern: Skepsis gegenüber dem Staat in den Jahren des Vietnam-Krieges vor allem und massive Zweifel an der Qualität der Schulen. Kritische Schriften verliehen dem Phänomen zusätzlichen Auftrieb.

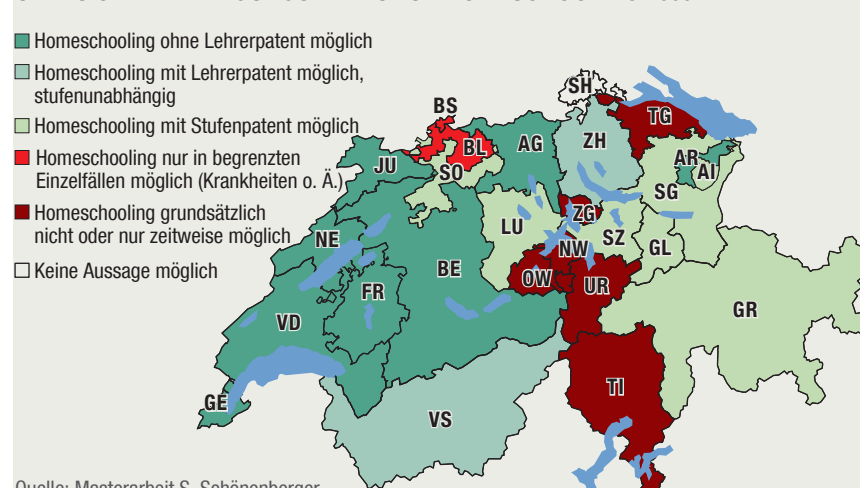
Heute sind die USA, was das Homeschooling anbetrifft, weltweit führend.

Rund zwei Millionen Kinder gehen in Amerika nicht zur Schule, sondern werden daheim unterrichtet. Neben den USA ist Homeschooling vor allem in Grossbritannien, Kanada und Frankreich relativ weit verbreitet, aber auch in vielen westeuropäischen Ländern legal.

Die liberale Haltung Frankreichs ist wohl massgeblich für die entsprechende Offenheit der westschweizerischen Kantone verantwortlich. Denn es gilt auch der Umkehrschluss: Deutschland lehnt Homeschooling vehement ab. In unserem nördlichen Nachbarland ist die Bildungshoheit des Staates sakrosankt. Das dürfte auf die Kantone in der Deutschschweiz abgefärbt haben, die zum Teil mit ähnlicher Vehemenz wie Deutschland von Homeschooling nichts wissen wollen.

Bald sind zwei Jahre vergangen, seit Stefan Schönenberger seine Masterarbeit eingereicht hat. Die Erziehungsdirektorenkonferenz hat seine Übersicht über die gängige Praxis in den Kantonen auf ihren Dokumentenserver übernommen. Erstaunlicherweise aber

ÜBERSICHT BEWILLIGUNGSPRAXIS FÜR HOMESCHOOLING 2009



Quelle: Masterarbeit S. Schönenberger

Tolerante Westschweiz. Frankreichs Liberalismus als Vorbild? Grafik BaZ/reh

wurde der Autor kaum zu Referaten eingeladen. Es scheint so, als halte man sich entweder an Vorurteile oder als gehe man dem Thema aus dem Weg. «Eine wissenschaftliche Diskussion rund ums Homeschooling findet bis heute kaum statt», sagt Stefan Schönenberger. «Das ist in Anbetracht der Argumentationsstränge von Behörden und Gerichten und der Vehemenz, mit der sie Homeschooling entgegentreten, zumindest erstaunlich.» Auch das Bundesgericht hat sich in den jüngsten Fällen eher restriktiv als liberal verhalten.

Sozialisation und Qualifikation

Bis heute werden den Homeschoolern im Wesentlichen zwei Dinge vorgeworfen: Die Kinder werden nicht vernünftig sozialisiert und – seltener – sie seien nicht genügend qualifiziert. Sozialisiert heisst: Sie lernen den Umgang mit ihresgleichen und anderen nicht oder nur ungenügend. Qualifiziert bedeutet: Eltern, die Homeschooling betreiben, sind nicht in der Lage, ihren Kindern eine fundierte Ausbildung zu geben, die den Ansprüchen des Staates und unserer pluralistischen Gesellschaft genügt.

Das sind Vorurteile. Es gibt jede Menge Beispiele, die diese Behauptungen widerlegen, darunter äusserst ungewöhnliche Lebenswege wie zum Beispiel jener von André Stern (BaZ von gestern), der heute Abend in der offenen Kirche Elisabethen einen Vortrag hält.

Mehrere Studien aus den USA und Grossbritannien belegen zudem, dass Kinder, die zu Hause in die Schule gingen, mindestens so gut sozialisiert sind wie die «normalen» Schulkinder. Ausnahmen gibt es. Aber schaffen es die Staatsschulen, alle ihnen anvertrauten Kinder zu sozialisieren? Zudem gibt es amerikanische Professoren, die frohlocken, wenn sie Studenten haben, die vorher nie zur Schule gegangen sind, weil sie bessere Leistungen bringen.

Dass es unter den über zwei Millionen Homeschoolern in den Vereinigten Staaten und den Tausenden in Europa auch christliche Fundamentalisten gibt, die aus religiösen Gründen ihrem Nachwuchs ihre Weltansicht und sonst keine andere vermitteln wollen, ist nicht von der Hand zu weisen. Alle über einen Kamm zu scheren, greift aber zu kurz, widerspricht der Forschung und dient vor allem nicht einer fundierten Diskussion über pro und contra von Homeschooling, wie sie nicht zuletzt die Basler Familie verdient hätte, die gerade um ihr Recht kämpft, den eigenen Weg zu gehen.

Leuthard fordert Tatkraft bei der Energiewende

Stromkongress eröffnet

Bern. Energieministerin Doris Leuthard hat gestern am sechsten Stromkongress die Teilnehmer dazu aufgerufen, die noch offenen Fragen zur Energiestrategie 2050 gemeinsam anzupacken und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Wenn die Schweiz ihr Energieversorgungs- und Stromsystem nicht erneuere, verliere die Wirtschaft an Wettbewerbsfähigkeit, sagte die Bundesrätin. Gleichzeitig bürde die Bevölkerung an Lebensqualität ein.

Doris Leuthard forderte die anwesenden Experten deshalb dazu auf, mit ihrem Fachwissen «tatkräftig die Energiewende in der Schweiz einzuleiten, die Energieeffizienz aller Anwendungen zu steigern, in erneuerbare Energie zu investieren und damit von der breiten Basis her den Weg in eine neue, zukunftstaugliche und umweltschonende Energieversorgung der Schweiz aufzuzeigen».

Verfahren vereinfachen

Zuvor plädierte Kurt Rohrbach, Präsident des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE), für passende Rahmenbedingungen. Diese brauche es für eine ausreichende, sichere und wirtschaftliche Stromversorgung. Als Sofortmassnahmen seien die Verfahren für den Ausbau aller erneuerbaren Energien sowie für die Übertragungs- und Verteilnetze zu vereinfachen und zu straffen, forderte Rohrbach.

Der zweitägige Schweizerische Stromkongress richtet sich an Führungskräfte von Elektrizitätsunternehmen, Industrie und Dienstleistungsunternehmen, aber auch an Forschungsstellen und Hochschulen sowie eidgenössische, kantonale und kommunale Parlamentarier und Exekutivmitglieder. Organisiert wird der Kongress vom VSE und von Electrosuisse, dem Verband für Elektro-, Energie- und Informationstechnik. Der Kongress findet zum sechsten Mal statt. SDA

Nachrichten

330 Schützenpanzer werden verschrottet

Bern. Die Schweizer Armee entsorgt rund 330 veraltete Schützenpanzer M113. Die rund 45 Jahre alten Schützenpanzer werden zunächst vorschriftsgemäss durch Mitarbeiter der Logistikbasis der Armee in Turtmann (VS) und Raron (VS) abgerüstet. In monatlichen Einheiten von etwa 30 Fahrzeugen werden sie dann per Bahn an die Entsorgungsfirma geliefert. Diese wird das Material der Reststoffverwertung zuführen. Für die gesetzeskonforme Entsorgung der Kampffahrzeuge im Auftrag des Militärdepartements VBS ist die Rüstungsfirma Armasuisse verantwortlich. Bereits 2006 waren 550 dieser Panzer verschrottet worden. SDA

Occupy-Bewegung erreicht Davos

Davos. Unter dem Motto «Occupy WEF» haben Aktivisten gestern einen ersten Iglu in Davos aufgebaut. Während des World Economic Forum (WEF) soll dort das «Camp Iglu» der WEF-Gegner stehen. Unterstützt wird das Camp von der Gewerkschaft VPOD. Grünes Licht haben auch die Gemeinde gegeben sowie die Parsennbahn, auf deren Parkplatz das Iglu-Dorf entsteht. Weil aber der Kanton für die Sicherheit der WEF-Teilnehmer verantwortlich ist, muss auch er zustimmen. Das Bewilligungsverfahren sei noch hängig, aber «auf gutem Weg», sagte Walter Schlegel, Sprecher des WEF-Ausschusses der Bündner Regierung. SDA

Jugendliche kommen gut an Alkohol heran

Bern. Fast jeder dritte Tankstellenshop in der Schweiz hat im Jahr 2011 verbotenerweise Alkohol an Jugendliche verkauft. Dies ergaben Testkäufe im Auftrag der Erdöl-Vereinigung. Am besten schnitten die Shops in den Kantonen Graubünden und Basel-Stadt ab. SDA

Die Schweiz betreibt Fachleuteklau im Ausland

Das fehlende Gesundheitspersonal solle selbst ausgebildet werden, fordern verschiedene Organisationen

Bern. Die Schweiz muss darauf verzichten, Fachleute in Ländern zu rekrutieren, die unter akutem Personal-mangel leiden, sagte Martin Leschhorn Strebel von der Organisation Medicus Mundi gestern vor den Medien. Wenn dennoch Personal geholt werde, solle sich die Schweiz mit Gegenleistungen für das Gesundheitssystem vor Ort revanchieren.

Das bestehende Stagiaire-Abkommen mit den Philippinen beurteilt Leschhorn kritisch. Obwohl dort sehr viele Gesundheitsfachleute ausgebildet würden, bestehe auch auf den Philippinen

ein Mangel. Spitäler hätten geschlossen werden müssen. Ein ausgebautes Abkommen müsste auf jeden Fall mehr Transferleistungen beinhalten.

Bekanntes Forderungen

Angesichts der Probleme verfassten Medicus Mundi Schweiz und der Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) zusammen mit über zwanzig weiteren Organisationen ein Manifest. Die darin gestellten Forderungen zur Eindämmung des «Care Drains» sind allerdings nicht neu und bereits in einem Ko-

dex der Weltgesundheitsorganisation (WHO) enthalten. «Das Problem ist, dass der WHO-Kodex nicht verbindlich ist», sagte Leschhorn. «Der Bund und die Kantone müssen mehr tun als bisher.»

Roswitha Koch vom SBK wies darauf hin, dass nicht nur die Rekrutierung in armen Ländern problematisch ist. Auch die Kompensation durch Personal aus den Nachbarländern bleibe nicht ohne Folge: «Deutschland rekrutiert fehlendes Pflegepersonal aus Polen und Polen wiederum aus Bulgarien.» Die französischen Ärzte in der Westschweiz werden in ihrer Heimat

durch Mediziner aus den ehemaligen Kolonien ersetzt. «40 Prozent der im Togo ausgebildeten Ärztinnen und Ärzte arbeiten in Frankreich», sagte Koch. Die Schweiz verursache als eines der reichsten Länder der Welt diesen Dominoeffekt mit.

Im Manifest wird unter anderem gefordert, dass die Schweiz selber mehr Gesundheitspersonal ausbilden soll. Zurzeit seien es jedes Jahr rund 5000 Personen zu wenig. Weiter soll mit besseren Arbeitsbedingungen dafür gesorgt werden, dass bereits ausgebildete Kräfte im Gesundheitswesen bleiben. SDA